

Auszug aus der Niederschrift

**der Sitzung des Hauptausschusses am 27.02.2023 im Galerie, Rathausallee
50, 22846 Norderstedt**

- HA/072/ XII -

Punkt 9: B 23/0067

**Einführung eines Härtefallfonds „Energienotstand“, hier: Änderung des Beschlusses
der Stadtvertretung vom 13.09.2022**

Frau Roeder und Frau Schmieder äußern sich. Fragen der Mitglieder werden direkt beantwortet.

Der Ausschuss diskutiert. Insbesondere wird diskutiert, welche konkreten Institutionen in welcher Höhe Mittel aus dem Härtefallfonds beantragen könnten. Fraglich ist, ob die 1 Mio. € nicht zu viel / zu wenig sind.

Frau Roeder sagt eine diesbezügliche laufende Berichterstattung zu.

Die Sitzung wird um 19.37 Uhr unterbrochen und um 19.40 Uhr fortgesetzt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Härtefallfonds „Energienotstand“ in Höhe von 1.000.000.- € zur Unterstützung von örtlichen Vereinen, Verbänden, Institutionen, sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu verwenden. Der Fonds bleibt zunächst auf ein Jahr begrenzt (31.12.2023).

Gefördert werden ausschließlich Vereine, Verbände, Institutionen sowie soziale und gesellschaftliche Einrichtungen mit Sitz in Norderstedt. Die Antragstellung erfolgt mit einem formlosen Antrag an das Dezernat I, Hauptamt, der Stadt Norderstedt. Der Antrag muss folgende Angaben enthalten: Name und Anschrift der Organisation, Darstellung des Sachverhaltes sowie einen Nachweis der zu zahlenden Energiekosten, sowie eine Vergleichsrechnung des zurückliegenden Jahres.

Die Verwaltung nimmt eine Einzelfallprüfung (gem. anliegendem Konzept) vor und entscheidet über die Fördersumme. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

Eine „Doppelförderung“ durch andere Förderprogramme (Bsp. Förderprogramme des Bundes, Landes, andere Institutionen, etc.) wird ausgeschlossen. Diese Förderprogramme sind vorrangig in Anspruch zu nehmen.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN	FDP	Die Linke	AfD	FW	Sonstige
Ja:	3	4	2	2				1	
Nein:									
Enthaltung:					1		1		
Befangen:									

Bei 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.